

SWR2 Wissen

Wie viel diktiert Brüssel?

Deutschland, deine Regeln (3/11)

Von Stephan Ueberbach

Sendung: Samstag, 31. Juli 2021, 8:30 Uhr

(Erstsendung: Samstag, 16. Mai 2020)

Redaktion: Gábor Paál

Regie: Günter Maurer

Produktion: SWR 2020/2021

Ob Glühbirnenverbot oder Datenschutzregeln: Brüssel gilt vielen als Bürokratiemonster, das in alle Lebensbereiche hineinregiert. Was ist dran an dieser Polemik?

SWR2 Wissen können Sie auch im **SWR2 Webradio** unter www.SWR2.de und auf Mobilgeräten in der **SWR2 App** hören – oder als **Podcast** nachhören:
<https://www.swr.de/~podcast/swr2/programm/podcast-swr2-wissen-100.xml>

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

Die SWR2 App für Android und iOS

Hören Sie das SWR2 Programm, wann und wo Sie wollen. Jederzeit live oder zeitversetzt, online oder offline. Alle Sendung stehen mindestens sieben Tage lang zum Nachhören bereit. Nutzen Sie die neuen Funktionen der SWR2 App: abonnieren, offline hören, stöbern, meistgehört, Themenbereiche, Empfehlungen, Entdeckungen ...
Kostenlos herunterladen: www.swr2.de/app

MANUSKRIFT

O-Ton 01 Collage Hymne/Umfrage:

Für mich ist EU: Chaos! / Das ist für mich so nervig, dass ich das Fernsehen ausmache. Ich kann es nicht mehr hören. / Viele Dinge würden sich wahrscheinlich ohne Vorschriften besser fügen, wie wenn man da irgendwo die Leute reglementiert. / Ich wollte den Euro nicht, wir haben ihn gekriegt. Wir wollen die Elektroautos nicht, die kriegen wir. Das Volk an sich, hat überhaupt keine Wahl. / Die Europäische Union ist eher eine Un-Union!

Sprecherin:

Diese Stimmen aus Baden-Baden sind nicht repräsentativ, aber: bezeichnend. Die Europäische Union eine Un-Union, die den Menschen mit immer neuen Vorschriften das Leben schwer macht - aber dann, wenn es darauf ankommt, wie in der Corona-Krise, es lange nicht schafft, ausreichend Impfstoffe für alle zu organisieren oder ein gesamteuropäisches Krisenmanagement hinzubekommen -ist das wirklich so? Abschreckende Beispiele gibt es jedenfalls genug. Schließlich will die EU:

Regie:

Die folgende Abfolge immer weiter beschleunigen (vgl. OT 1a)

Sprecher:

Pizzagrößen vorschreiben.

Sprecherin 2:

Das Design von Särgen festlegen!

Sprecher:

Doppeldeckerbusse abschaffen!

Sprecherin 2:

Schaukelpferde verbieten!

Sprecher:

Den Ärmelkanal umbenennen.

Sprecherin 2:

Kaffeemaschinen aus dem Verkehr ziehen!

Sprecher:

Die Lautstärke von Dudelsäcken begrenzen!

Sprecherin 2:

Ölkännchen von Restauranttischen verbannen.

Sprecher:

Den Zuckergehalt von Marmelade deckeln...

Sprecherin:

Das klingt in der Tat ziemlich abschreckend. Die Brüsseler Regulierungswut kennt, ganz offensichtlich keine Grenzen. Allerdings: Nichts davon stimmt. Sondern ist entweder aus dem Zusammenhang gerissen. Oder völlig übertrieben. Oder ganz einfach ausgedacht.

So, wie die Sache mit den Normgrößen für Kondome. Diesen angeblichen Plan der Brüsseler Bürokratie hatte vor knapp 20 Jahren ein besonders kreativer EU-Korrespondent des „Daily Telegraph“ aufgedeckt – oder besser gesagt: frei erfunden. Sein Name: Boris Johnson. Der Mann, der als Politiker mit dem Versprechen, Großbritannien aus der Europäischen Union zu führen, zum Ministerpräsidenten seines Landes aufgestiegen ist. Überhaupt wurden und werden besonders viele Falsch-Behauptungen über die EU von britischen Zeitungen verbreitet, die damit einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Euro-Skepsis vieler Bürger geleistet haben - und damit letztendlich auch zum Brexit.

Die EU-Kommission hat im Internet die gängigsten Falschmeldungen, Mythen und Klischees über Europa zum Nachlesen zusammengetragen. Herausgekommen ist eine beeindruckende Liste. Von A wie Alkohol, der angeblich nur noch an Wochenenden in Supermärkten verkauft werden darf, bis Z wie Zoologische Gärten, für die Brüssel – natürlich ebenfalls angeblich - einen Elefanten als Symbol vorschreiben will, selbst wenn dort ganz andere Tiere zu sehen sind.

Und dann ist da ja auch noch die Sache mit den krummen Gurken. Die wird die europäische Union einfach, nicht los. Wenn es eine Regelung gibt, die sinnbildlich für den gefühlten Bürokratiewahnsinn der EU steht, dann ist das die berühmt-berüchtigte Gurkenkrümmungsverordnung von 1988. Bis heute ein Fest für das politische Kabarett. Dabei hatte die EU damals nur einen Wunsch des Handels erfüllt.

O-Ton 02 Andreas Schwab & die Gurke:

Es ging immer nur um die Frage, wie kann man dem Bürger möglichst günstig die Vielzahl an Gurken zur Verfügung stellen, die im europäischen Binnenmarkt hergestellt wird, und das geht eben nur, wenn die einigermaßen gerade sind, sonst passen nur ganz wenige in eine Kartonkiste `rein.

Sprecherin:

Andreas Schwab, Europaabgeordneter der CDU, und Experte für den Binnenmarkt.

O-Ton 03 Andreas Schwab & die Gurke:

Aber das war ja noch nicht einmal eine Regelung des Europäischen Parlaments, sondern der zuständigen Interessensverbände des Handels, mit dem Ziel, dem Bürger, der eine günstige Gurke kaufen möchte, hier die Möglichkeit dazu zu bieten. Krumme Gurken bleiben ja, weiter zulässig, sie sind nur im Transport und im Verkauf entsprechend aufwändiger.

Sprecherin:

Schon seit 2009 ist die Gurkenkrümmungsverordnung wieder abgeschafft – aber der Geist der Regulierung lebt weiter. Isabell Buscke vom Verbraucherzentrale Bundesverband in Brüssel.

O-Ton 04 Isabell Buscke & die Gurke:

Das hat zu viel Gelächter geführt in den letzten Jahren. Fakt ist aber, sowas wurde vom Handel eingefordert, weil es leichter zu vermarkten war. Und, kleiner Clou am Rande, diese Kategorien gibt es noch heute, wenn Sie im Supermarkt mal auf die Verpackungen schauen, auf die großen Verpackungen, auf die Kartons, da steht häufig immer noch Handelsklasse eins, Handelsklasse zwei, also informell werden diese Klassen weiterhin benutzt, weil der Handel einen Vorteil davon hat.

Sprecherin:

Aber das Klischee von den regulierungswütigen Brüsseler Eurokraten ist einfach nicht totzukriegen. Obwohl viele Verordnungen äußerst sinnvoll sind, wie die Verbraucherschützerin Isabell Buscke findet. Zum Beispiel das umstrittene Glühbirnenverbot

O-Ton 05 Isabell Buscke & die Glühbirnen:

Wir würden immer sagen, das hat vor allem geholfen, dass Menschen bares Geld sparen, weil die Industrie angehalten wurde, stromsparendere Haushaltsgeräte, Glühbirnen und Ähnliches herzustellen. Das hat Menschen richtig viel Euro in die Tasche gebracht, die sie für andere Sachen ausgeben können, wo es vielleicht dringender notwendig ist. Ich möchte nicht mein ganzes Geld, was ich für Glühbirnen ausgabe so ausgeben, dass die Glühbirne am Ende mein Haus wärmt. Das ist nicht effizient. Das ist sehr schade, dass das benutzt wird als Beispiel, um zu zeigen, dass die EU angeblich regulierungswütig ist, aber die Industrie hat es ja scheinbar nicht von alleine hinbekommen, den Menschen zu mehr Geld in der Tasche zu verhelfen.

Sprecherin:

Und auch in anderen Bereichen sieht sie die Vorgaben der EU nicht als unzulässige Gängelung europäischer Konsumenten – sondern, im Gegenteil, als Gewinn für die Verbraucher.

O-Ton 06 Isabell Buscke & das Roaming:

Also die Fahrgastrechte sind natürlich, ein ganz klassischer Fall, genauso wie das Roaming, das jeder kennt. Als einzelner Mitgliedstaat kann ich nicht regulieren lassen, was ein anderer Mitgliedstaat mir oder meinen Verbrauchern in Rechnung stellt und vor allem nicht, was diese Kommunikationsanbieter in einem anderen Mitgliedstaat meinen Verbrauchern in Rechnung stellt. Das kann man nur in den Griff bekommen, wenn man zusammenarbeitet. Dafür ist die europäische Union prädestiniert, allein geht das gar nicht.

Sprecherin:

Ähnliches gilt für Fahr- und Fluggastrechte. Welche Ansprüche habe ich, wenn mein Flug ausfällt oder ich ihn selbst etwa aufgrund äußerer Umstände wie der Corona-Pandemie stornieren muss?

O-Ton 06a Isabell Buscke & das Roaming:

Solange ich nur von Berlin nach München fliege oder fahre, könnte ich das noch national irgendwie klären. Aber sobald ich grenzüberschreitend unterwegs bin mit dem Nachtzug nach Mailand oder nach Kopenhagen, da muss ich mich ja dann an einen Tisch setzen, und dann ist es sinnvoll, dass man das gemeinsam EU-weit tut.

Sprecherin:

Gemeinsame Regeln innerhalb der EU können also den Bürgern mehr Rechtssicherheit bringen. Bedeutet das im Umkehrschluss aber auch mehr Rechtsunsicherheit, wenn es diese Regeln nicht gibt? Ja, sagt Binnenmarktexperte Andreas Schwab und nennt als Beispiel den Autokauf im europäischen Ausland.

O-Ton 07 Andreas Schwab & der Autokauf:

Viele Bürger kaufen heute Gebrauchtwagen und in den Grenzregionen schauen sich die Bürger natürlich inzwischen auch die Wagen wegen der unterschiedlichen Preise im Nachbarland an. In manchen Ländern können diese Fahrzeuge einfach ohne Vertrag cash erworben werden, in anderen Ländern ist die Schriftform für derartige Verträge verpflichtend. Wenn es da keine grenzüberschreitenden Verständigungen gibt zwischen den Mitgliedstaaten, können die Bürger am Schluss die Zeche zahlen müssen, und das wäre für das europäische Projekt sehr schlecht.

Sprecherin:

Ohne europaweite Vorschriften für alle wäre die Europäische Union gar nicht denkbar, heißt es auch aus der Wirtschaft. Weil der Binnenmarkt gemeinsame Regeln braucht. Wie schnell etwa der innereuropäische Warenverkehr ins Stocken gerät, hat sich zu Beginn der Corona-Krise gezeigt als einige EU-Staaten ihre Grenzen dicht machten. Die Folge war kilometerlange LKW-Staus an vielen Übergängen. Dr. Stephan Wernicke, Chefjustiziar beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag DIHK:

O-Ton 08 Dr. Stephan Wernicke & der Binnenmarkt:

Die deutschen Unternehmen exportieren 59 Prozent ihrer Produkte in den Binnenmarkt. Das ist ermöglicht worden durch das, was seit 1992 geschaffen worden ist. Freier Verkehr für Waren, Dienstleistungen, Personen. Das ist eine Errungenschaft, die wir schützen wollen. Dazu gehört selbstverständlich auch Regulierung, weil selbst die Freiheit des Warenverkehrs eine Regulierung ist. Regulierung ist also als solche, überhaupt nicht schlecht, es ist notwendig. Und auch Sie sind nicht unglücklich, wenn es zum Beispiel Verkehrsampeln gibt. Es ist notwendig, dass jeder sich an bestimmte Regeln hält.

Sprecherin:

Dass die EU viele Dinge mehr oder weniger einheitlich reguliert, ist offenbar also gar nicht das Problem. Negativ werden die Vorschriften aus Brüssel immer dann empfunden, wenn sie zu überflüssiger Bürokratie führen. Wie etwa bei der Anlageberatung in Banken. Dort ist etwas üblich, was europäische Verbraucherschützer seit Jahren kritisieren. Wenn uns ein Bankberater eine Finanzanlage verkauft, bekommt er in der Regel dafür eine Provision.

O-Ton 09 Isabell Buscke & die Anlageberatung:

Das bedeutet aber, dass mein Berater häufig mir das verkauft, woran er am meisten verdient und nicht das, was bedarfsgerecht wäre für mich als Verbraucher.

Sprecherin:

Sagt Isabell Buscke vom Verbraucherzentrale Bundesverband:

O-Ton 09a Isabell Buscke & die Anlageberatung:

Deswegen haben wir immer gesagt, ein Provisionsverbot muss her, man muss das transparent gestalten. Das hat der europäische Gesetzgeber am Ende abgelehnt. Stattdessen hat er etwas geschaffen, das sogar wir als Bürokratiemonster bezeichnen würden, nämlich sehr viel Papier, es muss sehr viel dargelegt werden, wie Verbraucher aufgeklärt wurden – aber, Aufklärung allein löst den Interessenskonflikt nicht.

Sprecherin:

Problem Nummer 2: Was aus Brüssel kommt, sind sehr oft Richtlinien. Jedes Mitgliedsland muss diese Richtlinien dann in nationales Recht gießen. Also Gesetze schaffen, die den Richtlinien genügen. Doch im Detail können diese Gesetze von Land zu Land sehr unterschiedlich ausfallen. Was mehr Verwirrung stiftet als Klarheit schafft.

O-Ton 10 Stephan Wernicke und die Onlineshops:

Ich mache Export aus Deutschland weltweit, und da kriege ich die Probleme mit all den Regeln. Ich muss mehrere Mitarbeiter haben, mehr Leute, die die Regeln bearbeiten, statt die Arbeit für Verkauf und Gewinn zu machen.

Sprecherin:

Diesen Händler haben wir ebenfalls bei unserer Straßenumfrage getroffen. Stephan Wernicke bestätigt diese Erfahrung. Er ist Leiter des Rechts-Bereiches der Deutschen Industrie- und Handelskammer. Die verschiedenen Rechtslagen machen gerade Online-Händlern zu schaffen.

O-Ton 10a Stephan Wernicke und die Onlineshops:

Es ist ein hohes Risiko, wenn man ohne rechtliche Beratung einen Online-Shop aufmacht, weil man gegenwärtig, wenn man grenzüberschreitend tätig werden will, eine dreistellige Anzahl an Informationspflichten erfüllen muss. Das sind detaillierte Vorschriften, die Sie auf der Homepage nennen müssen, das sind Informationspflichten zu den Produkten, das sind Informationspflichten zu den verschiedenen Rechten, die damit einhergehen, die enorm komplex sind. Und hinzukommt, dass wenn Sie als Online-Händler in Deutschland nach Frankreich, Rumänien oder nach Portugal verkaufen, dann müssen Sie das dortige Recht einhalten, weil im Verbraucherschutz die Regel gilt, dass das Recht des Verbrauchers dem Vertrag dann zu Grunde liegt. Das ist für sich genommen ja gar nicht schlecht. Aber wenn Sie sich vorstellen würden, dass Sie als kleiner Onlinehändler jetzt 27 verschiedene Rechtsordnungen kennen müssen, dann ist das eine enorme Herausforderung. Und das hindert eher.

Sprecherin:

Denn nur dann gibt es ein sogenanntes „Level-Playing-Field“. Soll heißen: Gleiche Startbedingungen für alle, und zwar in der gesamten Europäischen Union. Für die Wirtschaft und für die Bürger. Dafür gibt es gute Gründe, sagt Verbraucherschützerin Isabell Buscke. Denn die Menschen und die Betriebe sind heute äußerst mobil. Sie bewegen sich über Landes- und Sprach-Grenzen hinweg. Ein gemeinsamer Rechtsrahmen kann da eine hilfreiche Leitplanke sein.

O-Ton 11 Isabell Buscke & die einheitlichen Regeln:

Das ist sowohl aus Unternehmenssicht als auch aus Verbrauchersicht ein gutes Argument. Für Unternehmen ist es natürlich, viel leichter, wenn Sie einen Regelsatz für ganz Europa haben, nach dem sie sich richten können. Als Verbraucherschützer würden wir immer sagen, das stört uns so lange nicht, wie die Regeln auch gut praktikabel sind und wirklich die Verbraucher schützen. Das ist, glaube ich, die Argumentation und die Diskussion, die wir hier in Brüssel führen: Wo ist denn eigentlich das richtige Niveau in der Regulierung?

Sprecherin:

Und genau das ist der springende Punkt. Wann ist es zu viel an Regulierung, wann zu wenig? Wo hört die Harmonisierung auf, wo fängt Gleichmacherei an? Und: Welche Vorschriften sind überflüssig, welche fehlen? Janis Emmanouilidis, politischer Analyst der Brüsseler Denkfabrik „European Policy Center“, kurz: EPC:

O-Ton 12 Janis Emmanouilidis & one in, one out:

Man muss immer gucken, in welchem Bereich man eventuell Regeln hat, die man nicht mehr benötigt. Aber ich glaube, es ist mindestens genauso wichtig, wenn nicht sogar wichtiger, sich zu überlegen, in welchen Bereichen müssen wir noch weitergehen, müssen wir noch weiter zusammenarbeiten, und das bedingt natürlich auch Regeln. Regeln der Zusammenarbeit, die man finden muss.

Sprecherin:

Zum Beispiel in Politikfeldern, die sich weiterentwickeln und deren Regeln immer wieder nachjustiert werden müssen, wie etwa bei der Migration oder, ganz aktuell, beim Klimaschutz.

O-Ton 13 Janis Emmanouilidis & der Klimaschutz:

Wenn man gemeinsam der Klimaherausforderung gerecht werden möchte, wissen wir, dass es auf nationaler Ebene es nicht geht. Auf europäischer Ebene muss man sich zusammenraufen, muss man sich zusammenfinden, muss man gemeinsam Regeln schaffen, um dann global auch tatsächlich eine Wirkung zu haben. Auch hier braucht man mehr Zusammenarbeit, als dass man weniger braucht.

Sprecherin:

Das gilt vor allem für den „Green Deal“, mit dem EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die europäische Wirtschaft umweltfreundlich und nachhaltig machen will. Dafür sind mehr als 50 Einzelgesetze geplant. Es geht unter anderem um schärfere Klimaziele, mehr Energieeffizienz oder mehr Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft. Für ihre Pläne bekommt von der Leyen Rückendeckung von unerwarteter Seite. Denn ausgerechnet der internationale Lebensmittelgigant Nestlé verlangt gerade mit Blick auf die Ernährung mehr Vorgaben von der Politik. Bart Vandewaetere, Sprecher von Nestlé in Europa, sieht sein Unternehmen dabei sogar in der Rolle des Antreibers:

O-Ton 14 Bart Vandewaetere, Sprecher von Nestlé:

Voiceover:

Wir waren in den letzten 5 Jahren nicht sehr glücklich, denn wir hätten uns viel mehr Gesetzgebung gewünscht. Aber wenn ich mir jetzt das Programm der von-der-Leyen-Kommission ansehe, dann sieht das doch sehr vielversprechend aus, weil es mit dem Green Deal zum ersten Mal auch ein Bekenntnis zu nachhaltiger Ernährung gibt. Das hat uns bisher gefehlt, da brauchen wir wirklich mehr Aktivität.

Sprecherin:

Bei Dirk Jacobs von FoodDrinkEurope, dem Lobbyverband der europäischen Ernährungsindustrie, klingt das etwas anders. Gesunde Ernährung etwa ist auch so ein Dauerthema. Immer wieder wird diskutiert, wieweit Nahrungsmittelhersteller hier in die Pflicht nehmen kann, und etwa Vorgaben macht über die Rezepturen der Produkte. Dirk Jacobs dagegen möchte diese Entscheidung eher den Unternehmen – und damit dem Markt überlassen.

O-Ton 15 Dirk Jacobs:**Voiceover:**

Die Unternehmen sind doch schon dabei, ihre Produkte neu zu gestalten: Weniger Zucker, weniger Salz, mehr Ballaststoffe, mehr Gemüse in den Suppen, weil das gerade ein gesellschaftlicher Trend ist, weil sich die Verbraucher dafür zunehmend interessieren, und weil damit Geld zu verdienen ist, das sollten wir nicht vergessen. Es ist also eine Kombination aus etwas politischem Druck, das hilft dabei, die Dinge in Bewegung zu bringen, aber es ist auch die Selbstinitiative von Unternehmen, die sich auf lange Sicht Marktvorteile davon versprechen, dass sie zum Beispiel in neue Rezepte investieren.

Sprecherin:

Die Vizepräsidentin des Europaparlaments, Nicola Beer von der FDP sieht das genauso. Beispiel: Der sogenannte Nutriscore. Bei dieser Variante einer Lebensmittelampel, die anzeigt wie gesund oder ungesund ein Produkt ist, machen immer mehr Hersteller mit. Und zwar freiwillig.

O-Ton 16 Nicola Beer & der Nutriscore.

Der Markt sollte eigentlich auch ein Interesse daran haben, Transparenz zu schaffen und wir sehen gerade auch Bestrebungen von Herstellern, diese Transparenz durch entsprechende Kennzeichnung auf ihren Produkten zu machen. Ich finde, ein informierter Verbraucher ist wichtig, deswegen: Transparenz bei der Kennzeichnung. Aber wir sehen im Handel, dass das auch durch Selbstverpflichtung funktionieren kann. Und immer dort, wo eine Gesellschaft unterhalb einer rechtlichen Ebene sich selber organisiert, sollte man erst mal diese Potenziale ausnutzen.

Sprecherin:

Die grüne Binnenmarkt-Expertin Anna Cavazzini dagegen würde sich etwa eine europaweit verbindliche Vorschrift zur Lebensmittelkennzeichnung wünschen. Denn ihr Vertrauen in die Selbstheilungskräfte der Märkte hält sich ohnehin in engen Grenzen – auch was die Nachhaltigkeit der Produkte angeht.

O-Ton 17 Anna Cavazzini & der Markt ist nicht genug:

Am Beispiel des europäischen Green Deal, der ja wirklich den Umbau der Wirtschaft vorsieht, sieht man, dass alleine der Markt nicht ausreicht. Wir müssen dahin kommen, dass Produktstandards so sind, dass die Produkte reparierbar sind, dass sie langlebiger sind, dass sie nachhaltiger sind, dass sie auch sicher für die Verbraucherinnen und Verbraucher sind. Das kann nicht alleine der Markt regeln, da brauchen wir strenge Vorgaben und das hat in der Vergangenheit auch in vielen Bereichen gut funktioniert.

Sprecherin:

Und so sehen viele Akteure einen Bedarf, hier noch etwas zu regeln und dort noch etwas zu vereinheitlichen. Immer wieder wird in Brüssel deshalb die Frage aufgeworfen, ob dies nicht zu einem Wildwuchs an Richtlinien und Vorgaben führt – und wie sich das verhindern lässt. Braucht es womöglich einen zweiten Edmund Stoiber? Der ehemalige bayrische Ministerpräsident hatte zwischen 2007 und 2014 als EU-Beauftragter für Bürokratieabbau nach unsinnigen oder überflüssigen Vorschriften gefahndet – und damit der europäischen Wirtschaft nach eigenen Angaben mehr als 33 Milliarden Euro Verwaltungskosten pro Jahr erspart. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sieht einen anderen Ausweg: Das Prinzip „one in, one out“. Soll heißen: Für jede neue Vorschrift wird eine alte abgeschafft. Ähnlich, wie es Deutschland schon seit 2015 für den Bereich der Wirtschaft praktiziert. Allerdings ist die Idee umstritten. Die Grüne Anna Cavazzini hält sie für überzogen, die Liberale Nicola Beer dagegen für nicht ambitioniert genug.

O-Ton 18 Nicola Beer & one in, one out

Das ist für mich sogar noch zu anspruchslos. One in, one out ist ja auch das, was die Bundesregierung für sich reklamiert. Mir wäre one in, two out wesentlich lieber, weil der Altbestand an Vorschriften, die sich mittlerweile überholt haben oder sogar im Widerspruch stehen zu dem, was man jetzt macht, doch erheblich ist. Von daher würde ich mir da ein bisschen mehr Mut an dieser Stelle wünschen.

Sprecherin:

Sind die Beschlüsse der Europäischen Union, überhaupt ausreichend demokratisch legitimiert? Eine Frage, die viele Menschen beschäftigt.

O-Ton 19 Anna Cavazzini & one in, one out.

Das Prinzip finde ich totalgefährlich. Weil das ist wie, als würde man einfach mit dem Rasenmäher über irgendeine Regulierung fahren immer dann, wenn ich eine neue Regel für nötig halte, muss ich irgendeine andere abschaffen, egal ob die Regel sinnvoll ist oder nicht. Das macht doch gar keinen Sinn. Man muss vielmehr schauen, dass man innerhalb der Regel die Bürokratie reduziert, dafür bin ich auch. Aber einfach zusagen, mit dem Rasenmäher Regeln abzubauen, das halte ich für total, kontraproduktiv.

Sprecherin:

Denn auch das Klischee von den ungewählten und namenlosen Beamten, die in Brüssel über die Köpfe der Bürger hinweg entscheiden, ist einfach nicht totzukriegen. Aber hat die EU tatsächlich ein Demokratieproblem? Janis Emmanouilidis, politischer

Analyst der Brüsseler Denkfabrik „European Policy Center“, kurz: EPC, glaubt das nicht.

O-Ton 20 Janis Emmanouilidis & die Legitimation, Teil 1:

„Die nationalen Regierungen sind demokratisch legitimiert, durch ihre nationalen Parlamente, die nationalen Regierungsvertreter sind legitimiert, auch durch nationale Wahlen natürlich. Auf europäischer Ebene haben wir ein europäisches Parlament, auch direkt gewählt, das eine maßgebliche Rolle spielt, wenn die Kommission bestimmt wird, wir haben also auf unterschiedlichen Ebenen demokratische Legitimation. Von daher würde ich mich nicht dieser These anschließen, dass es ein fundamentales demokratisches Defizit gibt.“

Sprecherin:

Zumal die drei großen Institutionen der EU an sämtlichen Entscheidungen beteiligt sind. Die Kommission, das Europaparlament, und der Ministerrat, also die Vertretung der Mitgliedsstaaten. Was in den europäischen Hauptstädten gerne mal verschwiegen wird – um der EU den schwarzen Peter in die Schuhe schieben zu können, wenn es Probleme gibt. Wie bei den Lieferengpässen bei den Corona-Impfstoffen. „Wir haben damit nichts zu tun, das kommt alles aus Brüssel“, heißt es oft. Vor allem dann, wenn es um unbequeme Beschlüsse geht. Zum Beispiel bei der Reform des Urheberrechts, die vor allem in Deutschland für erbitterten Widerstand gesorgt hat. Die SPD-Europaabgeordnete und ehemalige Vizepräsidentin des europäischen Parlaments Evelyne Gebhardt.

O-Ton 21 Evelyne Gebhardt & die Marsmenschen:

Die meisten Gesetze, die wir auf europäischer Ebene gemacht haben, sind auch von der Bundesregierung gutgeheißen worden. Das vergessen sie aber dazuzusagen. Wenn es gut ist, dann sagen sie es nicht, weil sie dann die Helden sind, sie haben es dann gemacht. Und wenn es nicht gut ist, dann vergessen sie, dass sie mit beraten haben und mitentschieden haben und sagen, wir waren es nicht, das waren die Marsmenschen in Brüssel, die gemacht haben. Wir sind aber keine Marsmenschen. Wir sind die Vertreterinnen und Vertreter der Bürger und die Minister der Mitgliedsstaaten. Ohne die kann nichts gemacht werden, und das ist auch richtig und gut so.

Sprecherin:

Das findet auch die Verbraucherschützerin Isabelle Buscke. Sie würde sich von den nationalen Regierungen eine größere Offenheit wünschen. Und mehr Mut, zu den eigenen Entscheidungen zu stehen, anstatt das Klischee von den weltfremden Bürokraten in Brüssel zu bedienen und damit die Euroskepsis ihrer Bürger zu verstärken. Denn Vorurteile sind hartnäckig und nicht so leicht zu widerlegen.

O-Ton 22 Isabelle Buscke & die da in Brüssel:

Großes Problem! Wir würden uns wünschen, dass nach europäischen Räten oder auch nach Ministerräten das, was in der Pressekonferenz gesagt wird, auch dem entspricht, was hinter verschlossenen Türen gesagt wurde. Das ist häufig nicht der Fall. Aber es ist sicherlich so, dass alle Mitgliedstaaten ein Interesse daran haben, ein bestimmtes Narrativ in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Wenn die EU besonders erfolgreich eine Politik eingeführt hat, dann rühmen sich die

Mitgliedsstaaten natürlich auch gerne selbst damit, und zurecht, denn sie haben ja an der Entscheidung mitgewirkt. Das Gegenteil muss dann aber auch richtig sein. Wenn eine katastrophale Politik hier umgesetzt wird, müssen nämlich die Mitgliedsstaaten auch die Verantwortung mittragen.

Sprecherin:

Die komplexen und häufig auch intransparenten Prozesse auf europäischer Ebene machen es den Regierungen allerdings leicht, sich aus dieser Verantwortung zu stellen. Denn das Ringen um Kompromisse ist zäh. Und es braucht Zeit. Zwar hat die EU im Kampf gegen die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise schnell gehandelt und milliardenschwere Rettungspakete geschnürt – bei vielen Richtlinien dauert es allerdings Jahre, bis sie in den EU-Mühlen einigungsreif geschliffen sind. Die Öffentlichkeit hat da meistens den Überblick und das Interesse längst verloren, meint der CDU-Abgeordnete Andreas Schwab.

O-Ton 23 Andreas Schwab & die Legitimation:

Die Kernfrage lautet also, wie kann man dem Bürger die Komplexität dieses Entscheidungsverfahrens so deutlich machen, dass er folgt. Und die normalen Bürger haben eigentlich nicht die Zeit dazu, jeden Tag mehrere Zeitungen gleichzeitig zu lesen. Die gehen zur Arbeit und gucken am Abend die Tagesschau. Und in der Tagesschau finden die großen Krisen der Welt statt und es wird die Situation in Berlin in der großen Koalition beleuchtet, aber die Details der europäischen Gesetzgebung sind einfach zu kompliziert, um dort in zwei Minuten zusammengefasst zu werden.

Sprecherin:

Komplex, abstrakt, kaum noch vermittelbar – ist mit der Europäischen Demokratie also doch nicht alles in Butter? Auch EPC-Direktor Janis Emmanouilidis sieht durchaus noch Luft nach oben.

O-Ton 24 Janis Emmanouilidis & die Legitimation:

Ja, Demokratie ist nicht perfekt, und sie ist auf nationaler Ebene nicht perfekt und sie ist auf europäischer Ebene nicht perfekt. Und deshalb muss man auch an der europäischen Demokratie weiterarbeiten. Das heißt aber lange noch nicht, dass es keine europäische Demokratie gibt. Es gibt sie, aber sie ist sehr komplex und sie ist anders geartet oft als die demokratischen Systeme, die wir von zu Hause aus auf nationaler Ebene kennen, sie funktioniert anders. Aber das ist die Realität und ich glaube, wir sind mit der Realität gut gefahren, aber wir müssen diese Realität auch weiter reformieren.

Sprecherin:

Frische Impulse soll eine europäische Reformkonferenz liefern, organisiert von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Ideen für eine EU der Zukunft, die demokratischer ist und bürgernäher, die gibt es genug. Transnationale Kandidatenlisten für die nächste Europawahl zum Beispiel, damit sich die Wähler von Finnland bis Portugal auch für Bewerberinnen und Bewerber aus Bulgarien, Estland oder Malta entscheiden können. Oder ein erneuertes Spitzenkandidatenmodell, damit tatsächlich darüber abgestimmt werden kann, wer die mächtige Brüsseler Behörde führen soll und diese Frage nicht mehr von den Staats- und

Regierungschefs im Hinterzimmer entschieden wird – so, wie im vergangenen Jahr. Und eine klare Definition, wer in Europa eigentlich für was zuständig ist, damit die EU das Image der Europäischen Regulierungs-Union loswerden kann.
Kommissionsvizepräsidentin Dubravka Suica.

O-Ton 25 Dubravka Suica:

Voiceover:

Die Konferenz wird es möglich machen, dass sich Bürger mit den unterschiedlichsten Voraussetzungen aus allen Ecken der Europäischen Union an einer offenen, transparenten und strukturierten Debatte über die Schlüsselfragen für unsere Zukunft beteiligen können. Für uns ist das eine einzigartige Gelegenheit, gemeinsam mit den Bürgern nachzudenken, ihnen zuzuhören, ihnen Dinge zu erklären, und damit gegenseitig Vertrauen zu schaffen.

Sprecherin:

Im Gespräch sind, eine Reihe verschiedener Beteiligungsmöglichkeiten. Bürgerdialoge zum Beispiel, Jugendkongresse oder digitale Diskussionsplattformen. Denn das neue Europa soll nicht von oben verordnet werden, sondern von unten wachsen. Dabei steht die EU laut der regelmäßigen Meinungsumfrage „Eurobarometer“ im Ansehen der Menschen auch jetzt schon gar nicht so schlecht da. Im Schnitt halten es etwa zwei Drittel der Europäer für eine gute Sache, dass ihr Land Teil der Europäischen Union ist. Und viele Menschen sind durchaus bereit, Vorgaben aus Brüssel zu akzeptieren. Jedenfalls dann, wenn sie maßvoll und vernünftig sind.

O-Ton 26 Collage Hymne/Umfrage:

Wenn ich EU mich nennen will, dann kann ich nicht sagen, in Italien gilt das, und in Deutschland ist es anders./Man hat im Grunde genommen die nationalen Vorschriften, und dann hat man noch die EU-Vorschriften dazu, und dadurch wirkt das wahrscheinlich so, dass da zu viele Vorschriften da sind./Nein, das muss so sein, sonst funktioniert das überhaupt nicht./Ich denke, eine gewisse Einheitlichkeit in bestimmten Sachen sind schon wichtig./Sicher mag es einige Regeln zu viel geben, auf der anderen Seite scheint der Mensch nur zu funktionieren, wenn man ihm Regeln vorsetzt.

Absage:

SWR2 Wissen Spezial: Deutschland, deine Regeln. – Thema der nächsten Folge in dieser Reihe: Hygiene auf Kosten der Umwelt?

* * * * *